

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 8

Artikel: Die Lösung des Kolonialproblems : eine sozialistische Aufgabe
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336485>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Letzten Endes kann die Kirchenfrage nur durch die Umwandlung der Slowakei in einen Industriestaat gelöst werden. Das Wachstum der Industriearbeiterschaft, das Ansteigen der städtischen Angestelltenschichten, der Einzug der modernen Kultur ins Dorf wird erst den politischen Einfluß der Kirche mindern. In Böhmen und Mähren liegen die Dinge anders. Der Katholizismus ist dort seit den Hussitenkriegen nie mehr eine ausgesprochene Macht gewesen.

Durch die Industrialisierung wird auch die Kluft, die den Slowaken vom Tschechen trennt, überbrückt. Die Verschiedenheit der beiden Völker wurde vor allem verschärft durch die wirtschaftliche, technische und kulturelle Rückständigkeit der Slowakei. Der Fünfjahresplan sieht deshalb vor, auch auf dem Dorfe den Unterschied zwischen tschechischer und slowakischer Bevölkerung aufzuheben.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß das Programm der Entwicklung der Landwirtschaft bereits auf wirtschaftlichem wie auf kulturellem Gebiet gewichtige Erfolge aufzuweisen hat.

J. W. BRÜGEL

Die Lösung des Kolonialproblems — eine sozialistische Aufgabe

Die Ungelöstheit des Kolonialproblems bedrückt mit Recht das Gewissen jedes wahren Sozialisten. Es ist nur recht und billig, daß wir immer wieder nachprüfen, ob die sozialistische Arbeiterbewegung dort, wo sie die Macht dazu hat, einen genügend großen und genügend energischen Beitrag dazu leistet, daß jene Völker der Erde, die sich noch keiner Selbstregierung erfreuen, in die Lage versetzt werden, sobald als möglich die Voraussetzungen dazu zu erlangen. Jede gegenüber dem bisher Erreichten kritische Stellungnahme ist daher erwünscht, da sie zu höheren Anstrengungen anspornt; aber das gilt nur für eine Stellungnahme, die, mag sie die Schattenseiten der Kolonialpolitik, für die Sozialisten verantwortlich sind, noch so stark betonen, ihre Lichtseiten nicht verschweigt oder tendenziös bagatellisiert. Letzteres gilt leider für die Analyse, der Paul Furrer¹ die Kolonialpolitik der britischen

¹ Paul Furrer, Labour Party und Kolonialproblem («Rote Revue», Heft 5, 1950) und vom gleichen Autor: Internationaler Sozialismus und das englische Kolonialproblem (Heft 4, 1949), schließlich Millicent Furrer-Proud, Westlicher Sozialismus und der Hunger der Welt (Heft 12, 1949).

Arbeiterregierung unterwirft: nicht darum, weil es eine herbe Kritik ist, sondern darum, weil die Kritik fast ohne jede Rücksichtnahme auf objektive Schwierigkeiten, sozusagen im luftleeren Raum, ausgesprochen wird und kaum von einem Versuch begleitet ist – um es zurückhaltend auszudrücken –, die unleugbar historischen Leistungen des Labourregimes auf diesem Gebiet auch nur zu verzeichnen, geschweige denn zu werten und anzuerkennen. Wer mit dem Verantwortungsgefühl eines kritischen Sozialisten über Fragen der Kolonialpolitik schreiben oder sprechen will, darf sich nicht darauf beschränken, aus der Fülle des vorhandenen Materials gerade nur einige willkürlich herausgegriffene Quellen zu benützen, und auch die nur insoweit, als sie einer offenbar vorgefaßten These Nahrung zu geben scheinen.

Es hätte wenig Zweck, die Ausführungen Furrers Punkt für Punkt durchzugehen, die Einseitigkeit seiner Darstellung mit den Tatsachen zu konfrontieren und nachzuweisen, inwieweit seine Schlußfolgerungen auf der mißverständlichen Auswertung der Früchte einer wohl nicht allzu systematischen Lektüre aufgebaut sind. Es genüge hier der Hinweis darauf, daß das von Furrer benützte Buch von Dr. Rita Hinden, «*Empire and After*» (1949) – eine ausgezeichnete Schrift, die dazu bestimmt ist, durch ihren kritischen Ton das Gewissen der englischen Leser aufzurütteln –, ein Vorwort enthält, in dem gesagt wird, daß dieser «Versuch einer nationalen Selbstkritik» den Eindruck hervorrufen könnte,

«daß die volle Last des Findens einer Lösung der Probleme des Imperialismus den imperialen Mächten zufällt und daß die Kolonialvölker nichts als hilflose, passive Teilhaber eines Zustandes sind, auf dessen Gestaltung sie keinen Einfluß haben. Nichts würde weniger der Wahrheit entsprechen als das.»

Diese Erkenntnis hat in Furrers Aufsätzen keinen Niederschlag gefunden. Dem Autor zufolge war 1945 vorauszusehen, «daß sich die Labour Party nicht die marxistische Auffassung, die das Recht aller Völker, kolonialer und anderer, auf staatliche Unabhängigkeit proklamiert, zu eigen machen» und sich auch in der Kolonialpolitik eher für Reformen und nicht für einen radikalen Bruch mit dem Bestehenden einsetzen würde. Die angeblich marxistische Auffassung ist in Wirklichkeit eine liberale² (weswegen sie noch nicht unrichtig ist), sie wird aber tatsächlich von der Sowjetunion heute proklamiert, allerdings nur in Worten gelegentlich von Verhandlungen in Lake Success und weniger in der Praxis, wofür die Tschechoslowakei einerseits und Jugo-

² Mit dieser Feststellung steht die Tatsache nicht im Widerspruch, daß der Londoner Kongreß der Zweiten Internationale (1896) das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Forderung aufgestellt hat.

slawien andererseits eindrückliche Belege sind. Die britischen Sozialisten sind keine Anhänger tönender Proklamationen, sie ziehen auch tatsächlich Reformen dem radikalen Bruch mit dem Bestehenden vor; aber immerhin haben sie *seit 1945 einigen hundert Millionen Menschen die Freiheit gegeben* oder ihnen zu ihr verholfen. Darüber hinaus haben sie, ungeachtet aller andern Sorgen, die auf sie einstürmten, zäh und unverdrossen an der Verwirklichung ihres Kolonialprogramms gearbeitet, das auf drei Grundgedanken aufgebaut ist: auf dem Bemühen, die wirtschaftlichen Ressourcen der Kolonien zu vergrößern und das Lebensniveau der Kolonialvölker so rasch und wirksam als möglich zu heben, durch Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten und der Fürsorgeeinrichtungen sozialen Fortschritt möglich zu machen und die Einrichtungen der Selbstregierung mit dem Ziel zu entwickeln, die letzte Entscheidung den Bürgern des betreffenden Gebietes zu überlassen. In einer früheren, durchaus nicht unkritischen Betrachtung³ wurden die positiven Leistungen der britischen sozialistischen Kolonialpolitik für die Jahre 1945 bis 1947 übersichtsweise zusammengefaßt, und der kürzlich erschienene Jahresbericht des Kolonialministeriums⁴ ermöglicht es, diese Übersicht entsprechend zu ergänzen. Es gibt kaum eine einzige britische Kolonie, in der es seit Kriegsende nicht zu Verfassungsreformen gekommen wäre, die die ungerechte und unberechtigte Vorherrschaft des weißen Elements gebrochen haben. Gegenwärtig steht ein von einem Komitee, das mit Einschluß des Vorsitzenden nur aus Negern bestand, ausgearbeiteter Vorschlag für eine neue Verfassung der *Goldküste* in Verhandlung – ein Projekt, das allgemein als ein historischer Fortschritt betrachtet wird, da damit zum *erstenmal in Afrika demokratische parlamentarische Institutionen für die gesamte Bevölkerung* geschaffen werden. Die Versuche zur Zusammenfassung der britischen Besitzungen in Westindien zu einer sich selbst verwaltenden *karibischen Föderation* – Versuche, die von Furrer nicht einmal andeutungsweise erwähnt werden – leiten eine geradezu revolutionäre Entwicklung in Mittelamerika ein, und ein späterer Betrachter wird sie vielleicht einmal in nicht sehr weitem Abstand von der Befreiung Indiens registrieren. In Trinidad und in Jamaika wurde das allgemeine Wahlrecht eingeführt, und es soll demnächst auch in Nigerien ohne Bindung an einen Minimalbesitz in Kraft treten. Alle diese und andere Reformen stoßen naturgemäß auf den erbitterten Widerstand der weißen Siedler in den betreffenden Gebieten, und nur eine völlig weltfremde Betrachtungsweise könnte die Schwierigkeiten, die die Überwindung dieses

³ J. W. Brügel, Um eine sozialistische Kolonialpolitik («Rote Revue», Heft 6, 1948).

⁴ The Colonial Territories 1949–1950.

Widerstandes hervorruft, übersehen. Die Beseitigung der Reste der «Farbenschranke», wo sie noch besteht und mit Recht den Unwillen der eingeborenen Bevölkerung hervorruft, ist eine Aufgabe, deren Wichtigkeit sich die Labourpolitiker sehr wohl bewußt sind⁵.

Der Bericht des Kolonialministeriums verweist auf die großen Erfolge, die auf dem Gebiet des *Gesundheitswesens* und der Bekämpfung von Volkskrankheiten, wie der Malaria, in den Kolonien erzielt wurden. Die Sterblichkeit ist heute in Singapur nicht höher als in England, die Kindersterblichkeit ist in vielen Kolonien auf einen Teil dessen zurückgegangen, was sie noch vor zehn Jahren bedeutete; die Durchschnittslebensdauer der Eingeborenen vieler Kolonien hat sich merklich erhöht. Aber das kann alles nicht zulänglich sein, solange nicht eine entsprechende Zahl von Ärzten und Pflegepersonal zur Verfügung steht – und die kann man nicht im Handumdrehen zur Stelle schaffen. Hier werden gewaltige Bemühungen unternommen, die bestehenden, noch sehr weiten Lücken zu füllen, doch der entscheidende Erfolg wird sich erst einstellen können, wenn die Eingeborenen aus sich selbst heraus genügend akademisch gebildete Menschen zu produzieren vermögen.

Das bringt uns zu dem wichtigen Punkt der *Schulungs- und Bildungsmöglichkeiten*. Der weitverbreitete Analphabetismus in den Kolonien ist eine höchst bedauerliche Tatsache; bevor man aber aus ihr eine Anklage schmiedet, muß man sich doch bewußt machen, daß sie nicht nur auf einen Mangel an Lehrern und Schulgebäuden, sondern vielleicht in noch höherem Maße auf den Widerstand der Eingeborenen dagegen zurückzuführen ist, daß man die Kinder ihnen und der Arbeit auf dem Felde und der Weide entzieht, die sie für die naturgegebene Beschäftigung halten. Hier kann kaum ein – praktisch nicht durchsetzbarer – Schulzwang, sondern nur geduldige Aufklärungsarbeit helfen. Der Bericht des Kolonialministeriums verzeichnet eine Erhöhung der Zahl der Volksschulen, der Lehrer und der Möglichkeiten für eine höhere Schulbildung. Die Zahl der Schulkinder in Malaya hat sich seit 1941 verdoppelt. Im Berichtsjahr wurde eine *Universität für Malaya* eröffnet, und das Makerere College in Ostafrika hat Universitätsstatus gewonnen. «University Colleges» wurden für Westindien, Nigerien und die Goldküste errichtet. Heute

⁵ Eine Anklage, derzufolge es die britische Arbeiterregierung offenbar nicht verhindern könne, «daß Südafrika, unter Malans Regierung der Herd reaktionärster Unterdrückungspolitik, die beiden Kolonien Nord- und Südrhodesien unter seinen Einfluß zu bringen sucht», zeigt die mangelnde Informiertheit des Kritikers. Südrhodesien ist keine Kolonie, sondern eine Art Dominion mit diskriminatorischen Vorschriften gegen die Neger – darauf kann London so wenig Einfluß nehmen wie auf die Entwicklung in Südafrika –; Nordrhodesien ist eine Kolonie ohne Diskriminierung der Neger, und die Arbeiterregierung konnte es bisher sehr wohl verhindern, daß rassische Grundsätze dort Einzug halten.

studieren bereits 4000 farbige Studenten mit staatlicher Unterstützung in England und weitere 2300 in ihrer Kolonialheimat.

Gegenwärtig stehen etwa 350 größere Projekte der verschiedensten Art⁶ zum *planmäßigen Ausbau der Wirtschaftskräfte der Kolonien* mit einem Gesamtaufwand von 400 Millionen Pfund zur Verhandlung. Dem ist eine Aufforderung an die einzelnen Kolonien vorangegangen, Planungsprojekte auf einer zehnjährigen Grundlage vorzulegen. Die einzelnen Pläne werden innerhalb der Kolonien ausgearbeitet (das Erdnußprojekt macht da eine Ausnahme), wobei die eingeborene Bevölkerung naturgemäß Gelegenheit hat, ihre Wünsche zu äußern. Der Großteil des notwendigen Kapitals wird unter den verschiedensten Titeln von Großbritannien aufgebracht, und die Behauptung, daß die «Forderung nach leichter Industrie von London strikte abgelehnt» wurde und daß die Eingeborenen «für alle Zeiten auf der Stufe der Rohstoffproduzenten niedergehalten werden sollen», steht mit den Tatsachen in Widerspruch, was aus der bloßen Existenz einer «Industrial Development Corporation» (gegründet 1947) für die Goldküste und einer 1949 gegründeten für Nigerien hervorgeht. Seit 1949 wurde die Stahlzuteilung an die Kolonien verdoppelt. Heute strömt Kapital aus Großbritannien in die Kolonien und nicht mehr den umgekehrten Weg, und der Vorwurf, daß die Labour Party «für eine energische Ausbeutung Afrikas» eintrete, ist um so grotesker, wenn er sich auf eine programmatische Äußerung stützt, die die «Entwicklung der gewaltigen Hilfsquellen des afrikanischen Kontinents» befürwortet. Ist es vielleicht sozialistische Politik, diese Hilfsquellen unausgenützt zu lassen? Sicherlich ist es notwendig, alle Kautelen dafür zu schaffen, daß die Steigerung der Produktion in den Kolonien auch tatsächlich zu einer Hebung des Lebensniveaus der eingeborenen Bevölkerung führt und sie in freie Arbeiter mit vollen Rechten verwandelt⁷. Diesem Zwecke dient vor allem die von London geradezu forcierte Gründung von Gewerkschaftsorganisationen der farbigen Bevölkerung. 17 frühere britische Gewerkschaftsfunktionäre arbeiten heute in den Kolonien als Berater bei der Schaffung von Gewerkschaften.

Diese knappen Angaben, die sehr skizzenhaft abgefaßt sind, um die Wiederholung von schon früher gesagten Dingen zu vermeiden, und die sehr

⁶ Sie beziehen sich zum Beispiel auf die Anlegung von Geflügelfarmen in Gambia, Holzgewinnung in Britisch-Guyana, Zementerzeugung in Nordrhodesien und Seehundfang im Südtteil des Atlantischen Ozeans.

⁷ Furrer führt als abschreckendes Beispiel an, daß 1937 aus Nordrhodesien Kupfer im Wert von 12 Millionen Pfund exportiert wurde, wovon 5,5 Millionen an Dividenden und Tantiemen im Ausland verteilt wurden. Er erwähnt aber nicht, daß die betreffenden Beträge heute im Lande verbleiben. Seine Behauptung, daß Schwarze «auch heute noch» gezwungen werden können, auf den Farmen der Weißen zu arbeiten, ist durch die Tatsachen längst überholt.

leicht in wesentlichen Punkten ergänzt werden könnten, widerlegen manche leichtfertige Kritiken. Trotzdem wird niemand leugnen, daß noch sehr viel zu tun bleibt, und daß sich hinter der Berufung darauf, daß die Kolonialvölker «zur Selbstregierung noch nicht reif sind» – viele sind es tatsächlich noch nicht, manche sind zumindest nahe daran, es zu sein – mangelnde Geneigtheit verbergen kann, ihnen zur Erzielung dieses Reifegrades zu verhelfen. In fünf von übermenschlichen Schwierigkeiten bis zum Rande vollen Nachkriegsjahren konnte unmöglich alles nachgeholt werden, was in hundert Jahren vorwiegender Prosperität verabsäumt worden war. Als eines der gefährlichsten Handikaps wirkt sich der akute Mangel an Technikern, Ingenieuren, Lehrern, Ärzten und andern Fachleuten aus, die bereit wären, bei der Aufwärtsentwicklung der Kolonien tätig Hand anzulegen. Hunderte solcher Stellen sind im britischen Kolonialdienst unbesetzt.

Die Vorstellung, daß die Kolonialvölker dieser Schwierigkeit eher Herr werden würden oder könnten, wenn Großbritannien diese Sorge ganz ihnen überlassen wollte, weil «Selbstbestimmung Kräfte weckt, die ein Kolonialsystem nie wird aufrufen können», ist zu naiv, um ernst genommen zu werden. Was für die fortgeschritteneren Kolonien Geltung hat, kann für die heute noch unentwickelten oder unterentwickelten nicht gelten. Wer den Kolonien die wahre Freiheit geben will, darf ihren Stammesfürsten zum Beispiel nicht die Freiheit zur Erhaltung barbarischer Sitten oder Unsitten, des Kannibalismus, der «freiwilligen» körperlichen Verstümmelung usw. oder der Polygamie als einer «Institution der sozialen Sicherheit» belassen oder verleihen. Wären die Vereinten Nationen eine arbeitsfähige, auf der loyalen Zusammenarbeit aller ihrer Mitglieder gegründete Organisation, dann könnte man Plänen zur Unterstellung aller oder einiger Kolonien unter ein befristetes internationales Treuhandschaftssystem nähertreten⁸. Unter den gegebenen Verhältnissen wäre es einfach ein Widersinn: wer wagt es, Großbritannien aufzufordern, vor diesem internationalen Forum Rechenschaft darüber abzulegen, welches Ausmaß von Selbstverwaltung es zum Beispiel den Bewohnern von Kenya einräumt, solange der Sowjetblock jedes Verlangen nach Auskunft über das Ausmaß der Selbstverwaltung, das er zum Beispiel den Bewohnern der Tschechoslowakei raubt, als unbefugte Einmischung zurückzuweisen berechtigt ist?

Das System der britischen Kolonialpolitik mag jene Fehler haben, von denen sich auch die fortschrittlichste Kolonialadministrative nie ganz freimachen kann. Es mag sehr oft nicht auf Verständnis bei jenen stoßen, zu

⁸ Dann wäre auch Furrers Bemerkung berechtigt, daß es «kaum begreiflich» ist, wenn Großbritannien heute militärische Bereitschaft aufrechterhält. War das am Vorabend des Überfalls auf Südkorea wirklich so unbegreiflich?

deren Vorteil es zu wirken bestimmt ist – jede Zusammenkunft mit Exponenten der Kolonialvölker bestätigt das ja immer wieder. Aber es steht unter der ständigen Kontrolle einer überaus wachsamem öffentlichen Meinung, die der Entwicklung einer unangebrachten Selbstgefälligkeit und Selbstgerechtigkeit entgegenwirkt. So ist die britische Kolonialpolitik unter allen heute denkbaren das vom Gesichtspunkt der Kolonialvölker optimalste System, weil es langsam, vielleicht oft zu langsam, aber sicher den Weg freimacht für ihre volle Emanzipierung und ihre freundschaftliche Zusammenarbeit als Freie und Gleiche mit der übrigen Welt.

PAUL FURRER

Entgegnung an J. W. Brügel

Meine Kritik an den Mängeln des britischen Kolonialsystems und der Einstellung führender Labourleute zum ganzen Fragenkomplex hat J. W. Brügel auf den Plan gerufen. Er wirft mir vor, ich hätte die Leistungen der Labourregierung in der Verwaltung des britischen Kolonialreiches «tendenziös bagatellisiert» und mich darauf beschränkt, «aus der Fülle des vorhandenen Materials gerade nur einige willkürlich herausgegriffene Quellen zu benützen, und auch die nur insoweit, als sie einer offenbar vorgefaßten These Nahrung zu geben scheinen».

Ich begrüße die Möglichkeit, auf die Einwände Brügels zu antworten, weil ich der Meinung bin, daß der Befreiungskampf der Kolonialvölker von uns Sozialisten gar nicht ernst genug genommen werden kann. Ich werde mich bemühen, nicht in den anmaßenden Ton zu verfallen, den Brügel hier anzuschlagen beliebt, denn dabei fällt für die Wahrheit kein Gewinn heraus. Die Zeit wird lehren, welcher von uns besser informiert ist.

Nun zu meinem Standpunkt. So sehr ich die Leistungen der Labourregierung in Großbritannien bewundere, bin ich nach wie vor der Auffassung, auf dem Gebiete der Kolonialpolitik liege für diese Regierung, die einen freiheitlichen Sozialismus vertritt, gar kein Anlaß zu Selbstgefälligkeit vor. Brügel erklärt, die Labourregierung habe seit 1945 mehreren hundert Millionen die Freiheit gegeben. Das nennt man aus der Not eine Tugend machen. Die englische Regierung hatte gar nicht die Möglichkeit, etwas anderes zu tun. Brügel macht viel Wesens von den Aufwendungen der Regierung, die heute den